

“Geld ist nicht Alles...

...aber ohne Geld ist Vieles Nichts“, so könnte man in Anlehnung an den bekannten Satz über die Gesundheit sagen. Auch für den Gesundheitsbereich wirkt sich ein Geldmangel des Staates verheerend aus: Zu wenig Pflegekräfte, Reduzierung des medizinischen Angebotes bis hin zur Schließung von Krankenhäusern, Abdriften in eine zwei Klassen Medizin, usw., Folgen, die man auch im belgischen Gesundheitssektor schon feststellen kann.

Im Verlauf der Haushaltsdebatten im Parlament der DG während der vergangenen Woche, haben die Mitglieder der Regierung und der Mehrheit die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise für die bereits schwierige finanzielle Lage der DG verantwortlich gemacht. Dabei wirkten die Äußerungen von Karl-Heinz Lambertz (SP) und von Oliver Paasch (ProDG) teilweise geradezu hilflos: Man konnte deutlich erkennen, dass die klassische Wirtschaftswissenschaft keine - friedliche - Lösung für die aktuelle Finanzkrise anbietet. Alle Finanzierungsberechnungen, auch in der DG, beruhen auf Wirtschaftswachstum, obwohl doch jeder vernünftige Mensch weiß, dass unsere Erde ein ständiges, exponentielles Wirtschaftswachstum gar nicht hergeben kann. Die Alternative und die Lösung des Geldmangelproblems der Staaten, der KMU und der überwiegenden Mehrzahl der Menschen besteht in einem Paradigmenwechsel, und zwar im Wechsel vom Schuldgeldwesen hin zum Prinzip des hoheitlich “fließenden Geldes“, so wie es der bekannte Geldreformer Silvio Gesell vorgeschlagen hat.

Dass die Mitglieder der DG-Regierung nun ausgerechnet den Mandatären der Vivant-Fraktion vorwerfen, sie würden die Auswirkungen der Finanzkrise nicht berücksichtigen, ist da wirklich nicht gerechtfertigt. Seit 2005 weist die Vivant-Fraktion auf den progressiven Zusammenbruch des aktuellen Euro-Schuldgeldes hin. Und Vivant-Ostbelgien warnt seither immer wieder eindringlich vor den schweren wirtschaftlich-sozialen Folgen des staatlichen Geldmangels. Zudem ist Karl-Heinz Lambertz, meines Erachtens, bestens über die monetären Zusammenhänge informiert. Als Ministerpräsident bekleidet er das politische Amt mit welchem auf föderaler und europäischer Ebene die richtigen Reformanstöße gegeben werden können. Ich hoffe sehr, dass er und Andere ihr politisches Mandat nutzen, um ein Scheitern des Euro, der Demokratie und des Friedens in Europa zu verhindern.

Joseph Meyer, Klosterstrasse, St.Vith